

## Kommunaler Rückblick

Es war der Wille des Führers und der geschlossen hinter ihm stehenden großdeutschen Volksgemeinschaft, die Beseitigung des Deutschland im Zustand politischer Ohnmacht und militärischer Schwäche aufgezwungenen schmachvollen Friedensdiktats von Versailles mit friedlichen Mitteln durchzusetzen. Dafür bietet die Führung der Außenpolitik des Reiches nach der Machtübernahme im Jahre 1933, die u. a. zur Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit in den Westgebieten des Reiches, zur Heimkehr der Ostmark und des Sudetenlandes, zur weiteren Neuordnung der politischen Verhältnisse in Böhmen und Mähren durch Schaffung des Reichsprotectorats, zur Errichtung der Slowakei unter dem Schutze des Reichs und zur Wiedereingliederung des Memellandes auf friedlichem Wege geführt hat, eine einzige Kette von Beweisen. Nach diesen Erfolgen der deutschen Außenpolitik im Zuge der Revisionsbestrebungen verblieb, abgesehen von dem Anspruch auf Rückgabe der Kolonien, als unabdingbare deutsche Forderung die Beseitigung der unhaltbaren Grenzziehung im deutschen Osten, insbesondere die Rückgliederung des deutschen Danzigs und die Milderung der schlimmsten Auswüchse des polnischen Korridors. Der Führer hat auch diese Forderungen durch ein großzügiges Angebot an Polen, das das dem deutschen Volk im Osten zugefügte Unrecht in bescheidenstem Umfange ausgleichen sollte und das in diesen maßvollen Grenzen überhaupt nur er selbst vor seinem Volke zu vertreten imstande war, auf friedlichem Wege durchzusetzen versucht. Dieses einmalige Angebot hat Polen abgelehnt, nachdem es von England zu seiner maßlosen Haltung veranlaßt worden war und sich zu dessen willfährigem Vasallen herabgewürdigt hatte. Gleichzeitig begannen, verbunden mit zahlreichen Grenzverletzungen und Angriffen auf das Reichsgebiet, die unerhörtesten Drangsalierungen und Gewalttaten gegen die Volksdeutschen in Polen; volksdeutsche Männer, Frauen und Kinder wurden bestialisch ermordet oder mußten von Haus und Hof flüchten und die Zerstörung ihres Eigentums erdulden. So sah sich der Führer nach Erschöpfung aller friedlichen Mittel schließlich gezwungen, zur Beseitigung der unhaltbaren Zustände an der deutschen Ostgrenze Gewalt gegen Gewalt zu setzen und an die Wehrmacht den Befehl zum Einmarsch in Polen zu geben. Es folgten die Kriegserklärungen von England und Frankreich.

Der Krieg hat wesentliche Veränderungen der Bedingungen des sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens mit sich gebracht, die von starken Rückwirkungen auf das Eigenleben der mit dem Schicksal des Reiches eng verbundenen deutschen Gemeinden begleitet waren. Das gilt auch für die Reichsmessestadt Leipzig. Die Zeit seit Kriegsausbruch ist noch zu kurz, und die durch die Überleitung der Friedens-

Kriegswirtschaft bedingten Maßnahmen sind noch zu neu und befinden sich noch zu sehr im Zustand der Entwicklung, als daß darüber bereits im Rahmen des Kommunalen Rückblicks 1939 abschließend berichtet werden könnte. Ihre Würdigung muß einer späteren Gelegenheit vorbehalten bleiben. Der vorliegende Bericht schließt daher im wesentlichen mit dem 31. August 1939 ab.

Das Jahr 1939 war für die Verwaltung der Reichsmessestadt Leipzig insofern von besonderer Bedeutung, als es die Neubesetzung der beiden einflussreichsten Stellen der Stadtgemeinde brachte. Ende 1938 wurde der Leipziger Kreisleiter **Wettengel** durch Reichsstatthalter und Gauleiter **Martin Mutschmann** zum Beauftragten der NSDAP. für Leipzig ernannt. Seine Begrüßung durch Bürgermeister **Haake** erfolgte in der Ratsherrensitzung am 11. Januar; in der gleichen Sitzung wurde der bisherige Beauftragte, der inzwischen verstorbene Ministerialrat **Runz**, verabschiedet. In das seit Oktober 1938 unbesetzte Amt des Oberbürgermeisters wurde vom Reichsinnenminister auf Vorschlag des Reichsstatthalters in Sachsen Staatsminister **Freyberg** aus Dessau berufen. Oberbürgermeister **Freyberg**, der seit 1923 der NSDAP. angehört, hat bereits im Jahre 1932 vor der Machtübernahme die Regierungsgeschäfte des Landes Anhalt als erster nationalsozialistischer Ministerpräsident im Deutschen Reich übernommen und über 7 Jahre erfolgreich geführt. Er wurde am 21. August durch Reichsstatthalter und Gauleiter **Mutschmann** feierlich in sein neues Amt eingewiesen. Für den im vergangenen Jahre ausgeschiedenen Stadtrat **Dr. Beusch** übernahm Stadtrat **Dr. Trendtel** die Leitung des städtischen Gesundheitswesens.

Am 18. Mai wurde Reichsminister **Dr. Frank** zum Ehrenbürger der Reichsmessestadt Leipzig ernannt und ihm gleichzeitig der Ehrenbürgerbrief ausgehändigt. Dem bereits im Jahre 1937 zum Ehrenbürger ernannten Reichsminister **Dr. Fricke** wurde am 28. März der Ehrenbürgerbrief in Berlin überreicht.

Eine besondere Auszeichnung erfuhr Ratsherr **Enke**, der im Februar nach 20jähriger Tätigkeit aus dem ehrenamtlichen Dienst der Reichsmessestadt ausschied, durch Ernennung zum Ehrenratsherrn, eine Ehrenbezeichnung, die damit zum ersten Male in Großdeutschland verliehen worden ist.

Von sonstigen für das gemeindliche Leben in Leipzig wichtigen Veränderungen in öffentlichen Ämtern sind hervorzuheben die Ernennung des Ministerialrats **Teichmann** zum Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Leipzig und die Ernennung des bisherigen Vizepräsidenten **Ludwig Sichte** zum Präsidenten des Leipziger Mesamts. Für den